

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. Juni 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	11	Hübner, Carsten (PDS)	4, 5
Barthle, Norbert (CDU/CSU)	15, 16	Jüttemann, Gerhard (PDS)	13, 14
Baumann, Günter (CDU/CSU)	27	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	12
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	53, 54	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	8, 9
Breuer, Paul (CDU/CSU)	51	Lippmann, Heidi (PDS)	6, 7
Brunnhuber, Georg (CDU/CSU)	19, 20	Dr. Luft, Christa (PDS)	29, 30
Claus, Roland (PDS)	35, 36	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	26, 48
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	47	Niebel, Dirk (F.D.P.)	1, 10
Deittert, Hubert (CDU/CSU)	21, 22	Pau, Petra (PDS)	31, 32
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	39, 45	Schüßler, Gerhard (F.D.P.)	28
Girisch, Georg (CDU/CSU)	41, 44	Sebastian, Wilhelm Josef (CDU/CSU)	55, 56
Günther, Joachim (Plauen) (F.D.P.)	2, 3	Seiffert, Heinz (CDU/CSU)	25, 42
Hasselfeldt, Gerda (CDU/CSU)	49, 50	Siemann, Werner (CDU/CSU)	40, 46
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	17, 18	Wittlich, Werner (CDU/CSU)	52
Höll, Barbara (PDS)	33, 34	Wülfing, Elke (CDU/CSU)	23, 24
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	37, 38	Zierer, Benno (CDU/CSU)	43

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(F.D.P.) | Ist die Bundesregierung der Meinung, dass Arbeitsverbote gegen die Menschenwürde verstoßen, und wenn ja, wo kann dagegen gerichtlich vorgegangen werden? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Joachim
Günther
(Plauen)
(F.D.P.) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das von Präsident Yoweri Kaguta Museveni in Uganda beabsichtigte Referendum über die künftige Regierungsform den demokratischen Grundsätzen entspricht und geeignet ist, die rechtsstaatlichen Strukturen zu stärken? |
| 3. Abgeordneter
Joachim
Günther
(Plauen)
(F.D.P.) | Mit welchen Mitteln unterstützt die Bundesregierung die Durchführung des Referendums und in welcher Weise beabsichtigt sie, zu einer demokratischen Anforderungen entsprechenden Durchführung beizutragen? |
| 4. Abgeordneter
Carsten
Hübner
(PDS) | Aus welchem Haushaltstitel sollen die für die Unterstützung afrikanischer Armeen in den Bereichen Konfliktverhütung und Friedenssicherung in Aussicht gestellten 57 Mio. DM finanziert werden, und wird das Bundesministerium der Verteidigung an der Finanzierung beteiligt werden? |
| 5. Abgeordneter
Carsten
Hübner
(PDS) | Wie soll die angekündigte Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung bei den geplanten Projekten aussehen, und welche konkreten Aufgaben sollen von Angehörigen der Bundeswehr vor Ort übernommen werden? |
| 6. Abgeordnete
Heidi
Lippmann
(PDS) | Welche Staaten sollen von der durch die Bundesregierung geplanten Unterstützung afrikanischer Armeen in den Bereichen Konfliktverhütung und Friedenssicherung profitieren, und nach welchen Kriterien soll die Auswahl der Staaten erfolgen? |

- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordnete
Heidi
Lippmann
(PDS) | Welche Bereiche, Maßnahmen und Kooperationspartner plant die Bundesregierung bei den geförderten afrikanischen Streitkräften zu unterstützen, und anhand welcher Kriterien sollen diesbezügliche Entscheidungen getroffen werden? |
| 8. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Aus welchen Gründen hat der Bundesminister des Auswärtigen den Antrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die noch lebenden sudetendeutschen Opfer der Vertreibung aus dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds zu entschädigen, als „kontraproduktiv“ und „schädlich für die deutschen Interessen“ beurteilt (vgl. Berliner Zeitung vom 22. Mai 2000), und wie begründet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass aus dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds auch Zahlungen an tschechische Opfer des Nationalsozialismus erfolgen? |
| 9. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, sich gegenüber der Tschechischen Republik für eine Rückübertragung oder Entschädigung des nach dem Zweiten Weltkrieg konfiszierten Eigentums der in der seinerzeitigen Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen einzusetzen, und falls nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(F.D.P.) | Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, dass einem IT-Spezialisten aus einem Land außerhalb der Europäischen Union, der sich auf Grund der so genannten Green-Card-Initiative in Deutschland beworben hat, eine einfache Einreise zum Zwecke eines Bewerbungsgesprächs möglich ist? |
| 11. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU) | Wie viele politische Beamte sind mit welchen jährlichen Kosten für den Bundeshaushalt seit Oktober 1998 bis heute in den Ruhestand versetzt worden? |

12. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitnehmer sind auf Grund des Schreibens des Bundesministeriums des Innern vom 13. Januar 2000 (Geschäftszeichen D II 2-220 000/44a) zur Personalgewinnung für eine Tätigkeit im Tarifgebiet Ost zunächst im Tarifgebiet West eingestellt worden und anschließend in das Tarifgebiet Ost versetzt worden (bitte aufgeschlüsselt nach Vergütungsgruppen)?
13. Abgeordneter
**Gerhard
Jüttemann**
(PDS)
- Welche Berufe und Berufsgruppen sind bisher von der Praxis auf Grund des Schreibens des Bundesministeriums des Innern (Geschäftszeichen D II 2-220 000/44a) vom 13. Januar 2000, wonach Personal, das für eine Tätigkeit im Tarifgebiet Ost gewonnen werden soll, zunächst im Tarifgebiet West eingestellt und dann in das Tarifgebiet Ost versetzt werden soll, schwerpunktmäßig betroffen?
14. Abgeordneter
**Gerhard
Jüttemann**
(PDS)
- Wie begründet und bewertet die Bundesregierung die Einstellungspraxis nach diesem Schreiben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

15. Abgeordneter
**Norbert
Barthle**
(CDU/CSU)
- Welche Überlegungen gibt es innerhalb der Bundesregierung, die Bundesfinanzverwaltung neu zu organisieren, und welche Auswirkungen sind speziell für die Hauptzoll- und Zollämter zu erwarten?
16. Abgeordneter
**Norbert
Barthle**
(CDU/CSU)
- Gibt es bereits einen Zeitplan, und wenn ja, wann sollen die zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages informiert werden?
17. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)
- In welchen einzelnen Medien (Zeitungen, Zeitschriften usw.) hat die Bundesregierung ihre Werbekampagne mit dem Kopf des Bundesministers der Finanzen und dem Slogan „Nur wer eisern spart, ...“ an welchen Tagen veröffentlicht?

- | | |
|--|--|
| 18. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU) | Welche Kosten sind aus diesen Veröffentlichungen in welchen Medien im Einzelnen und in der Summe entstanden? |
| 19. Abgeordneter
Georg Brunnhuber
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass im Verkehrsgewerbe – ob Schiene, Schiff oder Straße – die Energiekosten einen erheblichen Teil der Produktionskosten ausmachen, in keinem Unternehmensbereich aber die Mehrbelastungen durch die Energieverteuerung auch nur annähernd durch die Senkung der Lohnnebenkosten ausgeglichen werden, wie es die Bundesregierung versprochen hat? |
| 20. Abgeordneter
Georg Brunnhuber
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass das Mineralölsteueraufkommen, das der Güterkraftverkehr nach den Beschlüssen der Koalition bis 2003 zu erbringen hat, mehr als ein Drittel der von den Unternehmen zu erwirtschaftenden Umsätze beträgt, die Mehrbelastung des überwiegend mittelständischen Güterkraftgewerbes aber lediglich zu 10 % durch die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge kompensiert wird? |
| 21. Abgeordneter
Hubert Deittert
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass allein in den ersten beiden Stufen der Öko-Steuer durch die deutliche Erhöhung der Kraftstoffpreise um rd. 14 Pfennig je Liter (inkl. Mehrwertsteuer) der Bund Mehreinnahmen von über 10 Mrd. DM erzielt hat, ohne dass hiervon Mittel zusätzlich in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zurückgeflossen sind, und dass der Bund mit den nächsten drei Stufen der Öko-Steuer weitere Mehreinnahmen aus den Mineralölsteuererhöhungen von in der Summe über 35 Mrd. DM und in den Folgejahren von weiteren rd. 16 Mrd. DM pro Jahr erhalten wird, ohne dass für den Autofahrer eine Gegenleistung vorgesehen ist? |
| 22. Abgeordneter
Hubert Deittert
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des Ausbaubedarfs in der Verkehrsinfrastruktur, wo allein im Bereich der Bundesfernstraßen der Umfang rechtskräftig planfestgestellter, also baureifer Projekte bundesweit über 5 Mrd. DM beträgt, für die keine Finanzierung besteht, einen Anteil aus den Mehreinnahmen der Mineralölsteuer zweckzubinden? |

- | | |
|---|--|
| 23. Abgeordnete
Elke
Wülfing
(CDU/CSU) | Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den laut dem Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger, „äußerst komplexen Entlastungsmechanismus“ der Ökosteuer (18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am 3. November 1999) im Bereich der Produktionsmittelbesteuerung einfacher, konsistenter und systematischer zu gestalten? |
| 24. Abgeordnete
Elke
Wülfing
(CDU/CSU) | Worin bestehen die diesbezüglichen ersten Überlegungen der Bundesregierung, die laut Staatssekretär Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger noch durch einschlägige Gutachten unterfüttert werden sollen? |
| 25. Abgeordneter
Heinz
Seiffert
(CDU/CSU) | Welche Höhe muss der Benzinpreis nach Ansicht der Bundesregierung erreichen, damit hinreichende Einsparanreize für die Autofahrer von ihm ausgehen? |
| 26. Abgeordneter
Hans
Michelbach
(CDU/CSU) | Wie hoch waren die Steuereinnahmen im Jahr 1999 aus der Mineralölsteuer und aus der ökologischen Steuerreform, und welche Summe daraus wurde für die Rentenversicherung aufgewendet? |
| 27. Abgeordneter
Günter
Baumann
(CDU/CSU) | Stellt das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und der Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuer-senkungsgesetz), das eine Veränderung des § 147 Abs. 6 der Abgabenordnung vorsieht und wodurch der Fiskus zukünftig bei Betriebsprüfungen unbegrenzten Zugriff auf die EDV der Unternehmer erhält, einen Verstoß gegen den verfassungsrechtlich verankerten Datenschutz dar? |
| 28. Abgeordneter
Gerhard
Schüßler
(F.D.P.) | Wann gedenkt die Bundesregierung, die neuen AfA-Tabellen zu veröffentlichen? |
| 29. Abgeordnete
Dr. Christa
Luft
(PDS) | Zu welchem Anteil soll die Bundesdruckerei Berlin veräußert werden, und wie viele Interessenten gibt es? |

- | | |
|---|--|
| 30. Abgeordnete
Dr. Christa
Luft
(PDS) | Welche Vorgaben hat die Bundesregierung für den Verkauf von Anteilen und zur Sicherung der Standorte der Bundesdruckerei, insbesondere in Berlin, gemacht? |
| 31. Abgeordnete
Petra
Pau
(PDS) | Wie und durch wen sollen im Falle der Veräußerung der Bundesdruckerei von dieser erbrachte hoheitliche Dienstleistungen, z. B. für das Bundeskriminalamt oder den Zoll, wahrgenommen werden? |
| 32. Abgeordnete
Petra
Pau
(PDS) | Welche datenschutzrelevanten Probleme sieht die Bundesregierung im Falle der Veräußerung der Bundesdruckerei, und wie sollen diese im Sinne des Datenschutzes gelöst werden? |
| 33. Abgeordnete
Barbara
Höll
(PDS) | Gab es zur Sicherung des Datenschutzes bei der Privatisierung der Bundesdruckerei Konsultationen mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesdatenschutzbeauftragten, und wenn ja, mit welchen Ergebnissen? |
| 34. Abgeordnete
Barbara
Höll
(PDS) | Welche datenschutzrechtlichen Vorgaben sind etwaigen Interessenten gemacht worden? |
| 35. Abgeordneter
Roland
Claus
(PDS) | Wie wurde im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Verkauf der Bundesdruckerei mit der von den Belegschaftsvertreterinnen und -vertretern vorgeschlagenen qualifizierten Mitarbeiterbeteiligung, die sich durchaus als Modellfall für die von der Bundesregierung propagierte Ausweitung der Beteiligung der Beschäftigten am Produktivkapital eignen würde, umgegangen? |
| 36. Abgeordneter
Roland
Claus
(PDS) | Wie soll im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Verkauf der Bundesdruckerei den sozialen Belangen, wie zum Beispiel dem Erhalt der Tarifverträge, dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und der Sicherung erworbener Rentenleistungen für Beschäftigte und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger verbindlich Rechnung getragen werden? |

37. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, von welchen Staaten in welchem Umfang bei den gegen Deutschland durchgeführten Reparationsbeschlagnahmen deutschen Auslandsvermögens und deutscher Patente nach dem Zweiten Weltkrieg jüdisches Eigentum bzw. Vermögen an die Reparationsnehmer gelangte?
38. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)
- In welchem Maße bzw. in welcher Form sind diese Eigentümer, deren Rechtsnachfolger oder Organisationen in ihrer Nachfolge später durch die einzelnen Staaten entschädigt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

39. Abgeordneter
Erich G. Fritz
(CDU/CSU)
- Welches sind die Gründe dafür, dass die Bundesregierung die am 6. April 2000 an sie gerichtete Kleine Anfrage zur „Genehmigung von Rüstungsexporten durch die Bundesregierung vor dem Hintergrund von Berichten über die Lieferung von ‚Fuchs‘-Spürpanzern an die Vereinigten Arabischen Emirate“ noch nicht beantwortet hat (Drucksache 14/3136)?*)
40. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- In welchen Punkten weichen die Positionen des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft hinsichtlich der Exporte von Ersatzteilen sowie weiterer Stückzahlen von Waffensystemen, deren Ausfuhr bereits von Deutschland offiziell genehmigt wurden, in die Türkei voneinander ab, und wie erklärt die Bundesregierung die Abweichung der Positionen?
41. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen – einschließlich Gesetzesänderungsvorschläge – will die Bundesregierung zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerke ergreifen unter Berücksichtigung des Umstands, dass ein großer Teil der KWK-Anlagen nicht vom KWK-Vorschaltgesetz erfasst ist und dass deshalb die starre Prozentgrenze im Mineralölsteuergesetz in der

*) siehe hierzu auch Frage 45

Praxis dazu führt, dass die Kraftwerke nicht mehr unter Volllast gefahren werden, um dadurch das im Gesetz genannte Verhältnis von Wärme- und Stromerzeugung zu erreichen, so dass der Anteil der KWK-Anlagen an der Gesamt-Energie-Erzeugung drastisch zurückgeht?

42. Abgeordneter
**Heinz
Seiffert**
(CDU/CSU)

Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung den Rückgang der Binnennachfrage nach PKW im Zeitraum Januar bis April 2000 um 9 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück, während im gleichen Zeitraum die Auftragseingänge aus dem Ausland um 7 % zunahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

43. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Auf welchem Stand befinden sich derzeit die Planungen der Bundesregierung mit Blick auf Bestand und Organisation insbesondere der in Bayern befindlichen Bundeswehrekassen und die Zusammenlegung von Bundeswehrekassen mit anderen Kassen?

44. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)

Wie weit sind die Planungen der Bundesregierung fortgeschritten, Bundeswehrekassen zusammenzulegen und Fusionen mit anderen Bundeskassen herbeizuführen, und besteht hierdurch nicht die Gefahr, dass Arbeitsplätze außerhalb von Ballungszentren abgebaut werden?

45. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Bericht des Hamburger Magazins „stern“ vom 25. Mai 2000, wonach das Exportgeschäft von „Fuchs“-Spürpanzern in die Vereinigten Arabischen Emirate beinahe perfekt ist?*)

46. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den möglichen Erwerb von 49 Prozent an der Firma Kraus-Maffei Wegmann durch den amerikanischen Konzern General Dynamics (GD), sowie die Übernahme der

*) siehe hierzu auch Frage 39

spanischen Staatsfirma Santa Barbara durch GD (vgl. FAZ vom 12. Mai 2000) im Hinblick auf den Know-how-Transfer (Technologietransfer) und die vereinbarte europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|--|--|
| 47. Abgeordneter
Wolfgang
Dehnel
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die Finanzmittel zum Bau des S-Bahn-Projektes Leipzig – Halle rechtzeitig, in ausreichendem Maße und wie vereinbart bereitzustellen, um die geplante Fertigstellung im Jahr 2003 nicht zu gefährden? |
| 48. Abgeordneter
Hans
Michelbach
(CDU/CSU) | Inwieweit werden sich die Planungen der Deutschen Bahn AG im Sinngrund zur so genannten „Mottgers Spange“ zwischen den Eisenbahn-Neubaustrecken Hannover – Würzburg und Frankfurt – Fulda realisieren, und wie ist der Zeitplan? |
| 49. Abgeordnete
Gerda
Hasselfeldt
(CDU/CSU) | Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für einen Weiterbau der A 99 im Jahr 2002, wenn die von der Landeshauptstadt München vorfinanzierten bauvorbereitenden Maßnahmen Ende 2001 abgeschlossen sind und die vom Bund zugesagten Mittel aus dem „Anti-Stau-Programm“ erst im Jahr 2003 zur Verfügung stehen? |
| 50. Abgeordnete
Gerda
Hasselfeldt
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass die Kosten in Höhe von 30 Mio. DM für den Fortgang der Baumaßnahme im Jahr 2002 durch ein Darlehen der Landeshauptstadt München vorfinanziert werden sollen, dessen Zinslast durch Mittel aus dem Haushalt der Landeshauptstadt und staatliche Zuschüsse getragen werden sollen? |
| 51. Abgeordneter
Paul
Breuer
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung definitiv und ohne Einschränkung zusagen, dass der Weiterbau der Hütentalstraße (B 62) Siegen-Süd bis zur Landesgrenze Rheinland-Pfalz erneut in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen wird? |

52. Abgeordneter
Werner Wittlich
(CDU/CSU)
- Wann stehen für den Abschnitt der Hüttentalstraße (B 62) von Siegen-Dreisbach bis zum Mudersbacher Kreisel ausreichend Finanzmittel für den vorbereitenden Grunderwerb zur Verfügung?
53. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, bedingt durch die Zunahme der Radfahrunfälle mit schweren Kopfverletzungen, die Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer?
54. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund zu unternehmen, dass nach Schätzungen der Versicherungen die durch Inline-Skater verursachten Schäden auf über 100 Mio. DM beziffert werden können, um persönliche und materielle Schäden der rund 12 Millionen Nutzer von Inline-Skater in Deutschland zu reduzieren?
55. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, dass angesichts des Verhältnisses zwischen Mehrbelastung und versprochener Entlastung die Gesamtkosten im Güterkraftverkehrsgewerbe so steigen, dass bei vielen Betrieben die Umsatzrendite aufgezehrt wird?
56. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um angesichts dieser Wettbewerbssituation für den deutschen Güterkraftverkehr im Vergleich mit seinen europäischen Konkurrenten, denen die Mineralölsteuer z. T. sogar rückerstattet wird, Chancengleichheit herzustellen und das Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung, die Harmonisierungsdefizite im Bereich der Steuer- und Sozialvorschriften zu beseitigen, auch zu erfüllen?